



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Susann Biedefeld, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Bericht zum aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Notrettung

Der Landtag wolle beschließen:

Im Hinblick auf die schon abgeschlossenen Verhandlungen zwischen dem Freistaat Sachsen und den angrenzenden tschechischen Bezirken wird die Staatsregierung aufgefordert, über den aktuellen Stand der Kooperationsverhandlungen mit betreffenden Bezirken in der Tschechischen Republik bezüglich der grenzüberschreitenden Notfallrettung zu berichten und ihre zeitliche Planung bis zum Abschluss der Verhandlungen bekannt zu geben.

Begründung:

Aus einem Artikel der Frankenpost vom 10. Februar 2016 geht hervor, dass bezüglich der grenzüberschreitenden Notfallrettung zwischen dem Freistaat Bayern und der Tschechischen Republik weiterhin erhebliche Probleme existieren. So gibt es bisher keine vertraglichen Vereinbarungen, die Fragen zur Durchführung eines Einsatzes, der Organisation des grenzüberschreitenden Rettungsdienstes, die Festlegung von Sicherheits- und Qualitätskriterien sowie versicherungsrechtliche Hürden und Fragen der Kostentragung regeln.

Mit der Aushandlung solcher vertraglichen Kooperationsvereinbarungen mit den entsprechenden angrenzenden Bezirken auf Seiten der Tschechischen Republik (Karlsbad, Pilsen, Südböhmen), die das existierende Rahmenabkommen konkretisieren, ist das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr befugt. Aus der Antwort des betreffenden Staatsministeriums vom 15. Juni 2015 auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Klaus Adelt geht hervor, dass sich die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Freistaat Bayern und den angrenzenden Bezirken der Tschechischen Republik derzeit auf Arbeitsebene diskutiert werden. Seitdem sind fast acht Monate vergangen, ohne dass eine neue Information bezüglich des Sachverhalts existiert. Auch dem Landrat Wolfgang Lippert (Tirschenreuth) wurde auf neuerliche Anfrage hin lediglich mitgeteilt, dass man sich noch im Arbeitsprozess befindet. Dieser Informationsmangel verunsichert sowohl die Rettungsverbände vor Ort als auch die Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen und sorgt für Unverständnis, zumal der Freistaat Sachsen im Gegensatz zum Freistaat Bayern im November letzten Jahres eine entsprechende bilaterale Kooperationsvereinbarung zum Abschluss bringen konnte.

Dieser Tatsache kann durch einen umfassenden Bericht der Staatsregierung bis zur Fertigstellung der Kooperationsvereinbarungen Abhilfe verschafft werden und scheint dringend geboten. Die Verhandlungen sind des Weiteren mit Nachdruck zu verfolgen und zeitnah abzuschließen.